



J. Bremersmann | B. Sibbel | C. Fresenborg | FJ Kühne | Dr. S. Rode | F. Steinke | G. Wendt

PRESSEMITTEILUNG

Stadtverwaltung verzögert Anträge von Bürgern und Fraktionen |

Bürgerbeteiligung wird ignoriert

+++ Stadt Lönigen von Kommunalaufsicht gerügt +++ Antrag der UFL viel zu spät auf die Tagesordnung genommen

// Die *Unabhängigen für Lönigen* (UFL) hatten am 13.11. 2018 bei der Kommunalaufsicht Beschwerde eingereicht. Grund ist die Nichtberücksichtigung von Anträgen auf der Tagesordnung einer Ausschusssitzung bzw. die fehlende Vorbereitung eines Stadtratsentscheids. Jetzt hat die Kommunalaufsicht ihre Bewertung der Fälle bekannt gegeben. Fazit: Die Beschwerde der UFL war begründet - mehrere Anträge wurden erheblich zu spät an den zuständigen Ausschuss verwiesen. Die UFL sehen sich in ihrer Kritik an diesem Vorgehen bestätigt. //

Ursprünglich hatten Bürger einen Antrag bei der Stadt eingereicht: Es ging um eine Dunkelampel für die Schulwegsicherheit ihrer Kinder. Dieser Antrag wurde dem Stadtrat als Beschlussvorlage nicht vorgelegt. Er wurde lediglich im Juni 2017 einem Protokoll einer Sitzung als Anhang beigelegt. Die Verwaltung hätte den Antrag bearbeiten und vorbereiten müssen, damit der Rat ihn an einen zuständigen Ausschuss hätte verweisen können. Dies unterblieb!

Im Frühjahr 2018 hat sich die UFL der Sache angenommen und im April 2018 das Elternanliegen zur Grundlage eines politischen Antrags gemacht. Da der Antrag der UFL nicht mehr fristgerecht in die Tagesordnung der Ratssitzung aufgenommen werden konnte, hätte der Antrag zwingend an den Verwaltungsausschuss gehen müssen, der im Juni 2018 tagte und über die Verweisung an einen Fachausschuss hätte entscheiden müssen. Das hat die Kommunalaufsicht jetzt in einer Stellungnahme mitgeteilt, nachdem die UFL im November 2018 zu dem Vorgang Beschwerde eingereicht hatte. In dieser hatte die UFL vor allem die Nichtberücksichtigung des Antrags gerügt.

Dies führte in der Folge zu erheblicher Verzögerung der Entscheidung: Erst fünf Monate nach der UFL-Antragsstellung und mehr als 15 Monate nach dem ersten Elternantrag schaffte es der Antrag auf Dunkelampel zur Schulwegsicherheit im September 2018 in den Stadtrat. In dieser Sitzung versuchte der Bürgermeister mit Hilfe der CDU-



J. Bremersmann | B. Sibbel | C. Fresenborg | FJ Kühne | Dr. S. Rode | F. Steinke | G. Wendt

Fraktionsvorsitzenden, eine Nichtbefassung des Antrags zu erreichen. Dieses wurde mit den Stimmen der Opposition verhindert.

Schließlich verwies der Rat dann an den zuständigen Fachausschuss. Tatsächlich, so stellt die Kommunalaufsicht fest, wurde der Verweisungsbeschluss zu spät gefasst.

Ebenfalls verzögert wurde ein politischer Antrag zur Touristen-Information, den die UFL in den Stadtrat gegeben hatte. Wegen der fehlenden Vorbereitung des Verwaltungsausschusses konnte der Rat nicht zeitnah entscheiden. Die Kommunalaufsicht rügt, dass auch dieser Antrag zu spät auf die Tagesordnung des Fachausschusses kam. Sie forderte den Bürgermeister auf, Abhilfe zu schaffen.

Unabhängig davon, ob ein Antrag Aussicht auf Erfolg hat, wünscht sich die UFL dringend mehr Bürgerbeteiligung. Anträge der Bürger müssen nach Ansicht der UFL ernst genommen und zeitnah bearbeitet werden, damit diese dem Stadtrat zur Beratung und Entscheidung vorgelegt werden können. Die UFL bemängelt, dass es derzeit keine Übersicht über eingereichte Anträge der Bürger der Stadt Lönningen gibt. Schließlich ist die Hauptaufgabe der gewählten Vertreter des Stadtrats, die Bürger in ihren Anliegen bestmöglich zu vertreten und richtungsweisende Lösungen für die Zukunftsfragen der Stadt zu erarbeiten.

Deshalb muss Bürgerbeteiligung seitens des Bürgermeisters und der CDU-Mehrheitsfraktion im Stadtrat mehr Beachtung und Wertschätzung erhalten. Anträge, unabhängig welcher Initiative, dürfen nicht verzögert oder versucht werden, zu verhindern. Eine andere Haltung ist aus Sicht der UFL demokratiefeindlich und widerspricht nicht zuletzt dem Geist der niedersächsischen Kommunalverfassung.